



Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Pressemitteilung

Berlin / Hamm, 15.09.2009

Milchlieferung stoppen ist ein notwendiger politischer Akt Nicht verboten, sondern sogar geboten. Erst durch Anpassung der Menge an den Bedarf kann man überhaupt von einem Markt sprechen

„Die Milchlieferung zu stoppen ist die einzige Möglichkeit, um die massive dauerhafte Störung des Milchmarktes durch die Agrarpolitik zu überwinden“, ist der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft **Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf** überzeugt.

„Die Milchbauern und Milchbäuerinnen in Europa haben jetzt die einmalige Chance, durch zeitgleiches Handeln überhaupt erst eine Situation zu schaffen, bei der von einem Milchmarkt gesprochen werden kann. Denn die Politik hat – im Interesse der Milchindustrie – alle Hebel in Bewegung gesetzt, dass mehr Milch erzeugt als nachgefragt wird. Sie subventioniert dazu das Mengenwachstum auf einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben, sie hat die Quoten innerhalb von zwei Jahren um 5 % erhöht und sie gibt mit der Wiedereinführung von millionenschweren Subventionen für Aufkauf, Lagerung und Export-Dumping von Molkereiprodukten der Milchindustrie den Anreiz, nicht etwa gegen die Übermengen vorzugehen, sondern sie geradezu aufzusaugen. Und dann wollen Politik und das Kartellamt den Bauern auch noch verbieten, sich zu wehren und den Abbau der Überschüsse eigenständig und koordiniert anzugehen. Dieser Anti-Markt ist so was von verzerrt, dass es höchste Zeit ist, dass die Bauern diesen Stall ausmisten. Streikende Milchbauern stören den Markt nicht, sie stellen ihn erst her“, so Graefe zu Baringdorf.

Weiter erklärt der AbL-Vorsitzende: „Es geht nicht darum, durch Absprachen der Bauern jemandem einen Preis aufzudrücken, sondern darum, auf die Brutalität der politisch eingeleiteten Kapital- und Substanz-Vernichtung aufmerksam zu machen. Allein die deutschen Milchbauern verlieren durch die politisch durchgesetzten Dumpingpreise in diesem Jahr über 4 Milliarden Euro.“

Die Bauern fordert der AbL-Vorsitzende auf, sich für ihre berechtigten Interessen aktiv einzusetzen: „Wenn überhaupt von einem Kartell gesprochen werden kann, dann liegt das in dem Netzwerk von Milchindustrie, Bauernverband, Bundesregierung und Kartellamt. Es liegt auf der Hand, dass dieses Netzwerk nicht für die Milchbauern und Bäuerinnen in die Bresche springen wird. Die holen den Milchviehaltern nicht eine Kohle aus dem Feuer, im Gegenteil. Also ist es in der alleinigen Verantwortung jedes einzelnen Milchviehalters, für seine eigenen Interessen auch selbst politisch aktiv zu werden. Und die wirksamste Möglichkeit, politisch für einen funktionierenden Milchmarkt aktiv zu werden, ist jetzt die Kraft der französischen Milcherzeuger zu unterstützen. Die Entscheidung dazu kann jedem einzelnen Milchbauern und jeder einzelnen Milchbäuerin kein Verband und kein Vorstand abnehmen; zu dieser Entscheidung muss jede und jeder für sich gelangen. Aber wer sich für eine aktive Solidarität mit den französischen, belgischen, österreichischen und schweizerischen Kollegen entscheidet, der sollte nicht zu lange warten – das ergibt sich rein aus der objektiven Beurteilung der Lage. Politik ist nicht nur, das richtige zu meinen und vielleicht noch zu sagen, sondern es zum richtigen Zeitpunkt auch zu tun“, so Graefe zu Baringdorf rückblickend auf seine 25 jährige Erfahrung im Europäischen Parlament.

V.i.S.d.P.: Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Tel.: 0171-3627711